Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(7.1.1975) Drucksache 8/1290

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Drucksache 8 / 1290**
Landtag (zu Drs. 8/1171)
8. Wahlperiode 07. 01. 75

Antwort des Senats

zur Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Dezember 1974 (Drs. 8/1171)

Fluoridierung des Trinkwassers

Zu 1:

Dem Senator für Gesundheit und Umweltschutz liegt ein Erfahrungsbericht aus dem Jahr 1967 über einen seit 1962 laufenden Versuch der Trinkwasserfluoridierung (TWF) in der Stadt Basel sowie ein kurzes Gutachten von Herrn Prof. Dr. Dr. Heuser, Marburg/Lahn (1966), über den ersten deutschen seit 1953 laufenden TWF-Versuch in Kassel-Wahlershausen vor. In beiden Städten waren nach den Berichten die Versuche ohne jede negative Wirkung, aber mit nachweisbarem Nutzen für die Kinder verlaufen. Beide Versuche arbeiteten mit der für die Kariesverhütung als optimal bezeichneten Dosis von 1 mg F/1, also eine Verdünnung von 1:1 000 000 = 1 ppm F. Nach fünfjähriger Dauer des Versuchs in Basel für ca. 250 000 Einwohner ergab sich nach dem Bericht eine Zunahme des Anteils der Kinder mit kariesfreien Zähnen bei den

5jährigen Kindern von 21 % auf 85 %,
6jährigen Kindern von 9,3 % auf 77 %,
7jährigen Kindern von 3,5 % auf 49 %.

Gleichzeitig reduzierte sich der Anteil der Kinder mit kranken und gefüllten Zähnen bei den

5jährigen Kindern von 79 % auf 15 %,
6jährigen Kindern von 90,7 % auf 23 %,
7jährigen Kindern von 96,5 % auf 51 %.

Basel fluoridiert sein Trinkwasser heute noch.

Das Kurzgutachten über den Versuch in Kassel-Wahlershausen, der mit lebensmittelrechtlicher Ausnahmegenehmigung der zuständigen Bundesminister bei ca. 6000 Einwohnern durchgeführt wurde, bezieht sich hinsichtlich der angeführten Zahlen und Vergleichswerte auf in den Jahren 1957, 1959 und 1960/61 fertiggestellte Dissertationen. Danach betrug die Zahnkariesreduktion, bezogen auf die Anzahl der insgesamt untersuchten bleibenden Zähne in den verschiedenen Jahren 17,6 %, 22,7 % und 20,6 %. Hinsichtlich des Gesamtkariesbefalls lag die Gruppe der nichtfluoridierten Kinder um 28,2 % höher als die Vergleichsgruppe, die mit fluoridiertem Trinkwasser versorgt wurde.

Einige Ergebnisse liegen auch über den seit 1959 in Karl-Marx-Stadt laufenden Versuch der TWF vor. Nach 12 Jahren soll dort der Kariesbefall unter den Kindern und Jugendlichen von 6 bis 10 Jahren um 79 % zurückgegangen sein, bei den 11- bis 15jährigen um etwa 55 %. Aufgrund dieser Erfolge wurden in den letzten Jahren ähnliche Anlagen in den DDR-Städten Magdeburg, Plauen und Hainichen in Betrieb genommen.

Nach Veröffentlichungen der Deutschen Zahnärzteschaft sollen zur Zeit auf der Welt rund 160 Millionen Menschen Trinkwasser gebrauchen, das entweder von Natur aus oder entsprechend der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation durch Zusatz von Fluoriden den optimalen Gehalt von 1 ppm F oder höher aufweist, davon in den USA am 1. 1. 1972 86,1 Millionen künstlich und 9,5 Millionen von Natur aus fluoridiertes Wasser, in Kanada 7,35 Millionen, in Australien 5,3 Millionen. Das sind jeweils zwischen 35 % und 45 % der Gesamtbevölkerung.

Im übrigen liegen dem Senat keine Erfahrungsberichte über die Erfolge und Nebenwirkungen der TWF vor. Es gibt aber eine kaum noch überschaubare Zahl von Veröffentlichungen pro und contra TWF.

Als mögliche Nebenwirkungen der TWF werden insbesondere angeführt, daß gesundheitsschädliche Auswirkungen, insbesondere bei gefährdeten Personenkreisen — wie Herz-, Kreislauf- und Nierengeschädigte, Schwangere, Allergiker —, nicht auszuschließen seien. Die als optimal geltende Dosis von 1 mg F/l komme der Dosis nahe, bei der auf die Dauer schädliche Nebenwirkungen zu erwarten seien. Die Fluorgesamtmenge, die dann vom Menschen aufgenommen werde, werde unkontrollierbar, da durch die TWF viele Lebensmittel mit Fluor angereichert würden. Außerdem verschlechtere sich die toxische Gesamtsituation und bestehe die Gefahr einer übernormalen Aufnahme und Speicherung von Fluoriden. Schließlich würden bei etwa 5 % der Kinder, die fluorhaltiges Wasser trinken, die Zähne unweigerlich braunfleckig werden.

In anderen Veröffentlichungen wird die Gefahr derartiger Nebenwirkungen verneint.

Zu 2:

Diese Frage ist von den Stadtwerken Bremen verneint worden, da eine unkontrollierbare, unterschiedliche Veränderung des Fluoridgehalts im Rohrnetz zu erwarten sei. Die Stadtwerke Bremerhaven meinen, eine gleichmäßige Dosierung könne bei Verwendung umfangreicher Regeleinrichtungen in den Wasserwerken erreicht werden. Ob hierdurch auch ein gleichmäßig bleibender Fluoridgehalt im gesamten Wasserversorgungsgebiet aufrechterhalten werden könne, könne nicht mit Sicherheit beantwortet werden. Im übrigen wird auf eine Stellungnahme zur TWF des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern e. V. (DVGW) verwiesen, in der festgestellt wird, daß eine genaue Dosierung in größeren Wasserwerken zwar technisch möglich sei, sich die optimale Fluorkonzentration im Rohrnetz bis zum Endverbraucher aber nicht sicher einhalten lasse. Andererseits, so der DVGW, mache die unkontrollierbare, vom einzelnen aufgenommene Gesamtmenge an Fluor die geforderte sehr genaue Dosierung im Wasser sinnlos. Auch die Berliner Wasserwerke haben gelegentlich einer parlamentarischen Anfrage im Oktober vorigen Jahres Bedenken geäußert, ob die von der Weltgesundheitsorganisation vorgeschriebene Dosierungstoleranz von ± 10 % eingehalten werden könne.

Zu 3:

In der Kürze der Zeit konnten die Stadtwerke Bremen AG. lediglich mitteilen, daß nach ihrer Schätzung Kosten in Höhe von etwa 1 Million DM jährlich entstehen. Die Kosten für die Erstellung der Dosiereinrichtungen in den vier Werken der Stadt Bremerhaven betragen nach Angaben der Stadtwerke Bremerhaven AG. etwa DM 800 000,—, die Betriebskosten je Jahr DM 350 000,—.

Nach einer Kalkulation der Berliner Wasserwerke aus Anlaß der o. a. parlamentarischen Anfrage entstehen Mehrkosten bei Berücksichtigung der Amortisation und Verzinsung der Investitionskosten von 0,35 Pf/m³. Diese Kosten decken sich mit den Angaben der Stadtwerke Basel, die einen Mehrpreis von 0,3 Pf/m³ im Jahr 1967 errechnet haben. Die Befürworter der TWF weisen darauf hin, daß jedenfalls die bei der Durchführung der TWF anfallenden Kosten ganz erheblich geringer seien als die, die jährlich für die Behandlung der Karies und ihrer Folgen aufzubringen seien.

Zu 4:

Insbesondere im Interesse einer wirksamen Jugendzahnpflege sollte jede geeignete Maßnahme zur Bekämpfung der Karies wahrgenommen werden. Der Senat neigt, obwohl die wissenschaftlichen Meinungsverschiedenheiten über die Vor- und Nachteile einer TWF noch nicht ausgeräumt sind, zu der Auffassung, daß die TWF eine erfolgversprechende Maßnahme zur Kariesprophylaxe ist.

Gleichwohl hält der Senat nach dem zur Zeit gegebenen Erkenntnisstand die TWF für eine der Bevölkerung nicht zumutbare Maßnahme. Solange die Ungefährlichkeit der TWF nicht wissenschaftlich einwandfrei erwiesen ist, ist die TWF als eine Maßnahme, die das Recht des Bürgers auf Therapiefreiheit tangiert — nämlich das Recht, selbst zu bestimmen, welche Substanzen, die auf die körperliche Entwicklung Einfluß nehmen, man in seinen Körper aufnehmen will —, für den Bürger kaum zumutbar. Auch muß sie als Zwangsmedikamentation trotz gewisser technischer Möglichkeiten, sich der Fluoridierung über die öffentliche Wasserversorgung wiederum zu entziehen, gesundheitspolitisch und verfassungsrechtlich als nicht bedenkenfrei erscheinen.

Dies gilt vor allem dann, solange absolut ungefährliche und praktikable Alternativmaßnahmen zur Verfügung stehen. Hier kommen insbesondere in Betracht eine Vertiefung der Gesundheitserziehung, die die Selbstverantwortung vor allem von Eltern und Kindern aktiviert, und Mittel, die den Betroffenen an die Hand gegeben werden, sich um die Verbesserung ihrer Zahngesundheit zu bemühen (u. a. Einnahme von Fluorid-Tabletten, Verbesserungen der Mund- und Zahnhygiene, Einbürstaktionen von fluorhaltigen Präparaten).

Der Senat wird, bevor er dem Gedanken der Einführung einer TWF in Bremen nähertritt, sich weiterhin intensiv um die Jugendzahnpflege bemühen. Der Erfolg dieser auf freiwilliger Basis beruhenden Maßnahmen hängt allerdings weitgehend vom Verständnis und der Mitarbeit der Eltern der betroffenen Kinder ab.

Druck: Bremer Nachrichten GmbH & Co.